

19.1 1965

*Ende*

Rede des 1. Sekretärs der Rumänischen Arbeiterpartei, Gheorghe  
G h e o r g h i u - D e j

---

(nicht vollständig und einiges  
geändert)

Genossen!

Gestatten Sie mir, im Namen der rumänischen Delegation dem Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei und der Regierung der Volksrepublik Polen herzlich für die Einladung zu danken, unsere Tagung in der ruhmreichen Stadt Warschau abzuhalten, die kürzlich den 20. Jahrestag ihrer Befreiung feierte und bald ihr 700-jähriges Bestehen begehen wird.

Genossen!

Als Antwort auf den Brief des Genossen Walter U l b r i c h t hat das Politbüro des ZK der RAP sich einverstanden erklärt, eine Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages durchzuführen, um die Fragen zu beraten, die im Zusammenhang mit den Plänen zur Schaffung multilateraler Kernstreitkräfte der NATO aufgetreten sind.

Unsere Zusammenkunft in dieser Zeit ist eine starke Bestätigung für die Einheit und Solidarität der sozialistischen Staaten gegenüber dem Imperialismus, der mit der Schaffung neuer Kernorganismen der NATO versucht, den gegenwärtigen Kurs auf internationale Entspannung zu durchkreuzen und Spannung und Vergiftung in den Beziehungen zwischen Ost und West zu erzeugen.

Mit großer Aufmerksamkeit haben wir die Dokumente des Politbüros des ZK der SED vom 6. November 1964 sowie die Bemerkungen des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik zu dieser Frage studiert. Es hat sich erwiesen, daß es nützlich war, unsere Sitzung hinauszuschieben,

denn in dieser Zeit sind die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Westmächten über die Schaffung der MLF mit besonderer Schärfe zutage getreten, was es uns ermöglicht, die Bedeutung dieses Militärorganismus und die möglichen internationalen Folgen seiner Schaffung besser einzuschätzen.

Berechtigte Besorgnis ruft die Tatsache hervor, daß die USA hartnäckig bestrebt sind, das MLF-Projekt zu verwirklichen, das den westdeutschen Militaristen Zugang zu den Kernwaffen gewähren und ihnen die Schaffung eigener Kern~~waffen~~<sup>stärkkräfte</sup> erleichtern würde.

Die Schaffung dieses neuen Kernorganismus würde die Rolle und den Einfluß der Bonner Regierung bei der Ausarbeitung der NATO-Strategie und der Annahme militärischer Entscheidungen erhöhen, und das stellt unter den Bedingungen der revanchistischen Politik der westdeutschen Militaristen eine reale Gefahr dar.

bekanntlich stellt Westdeutschland bereits heute der NATO ein Kontingent zur Verfügung, das am stärksten mit ~~herkömmlichen~~<sup>modernen</sup> ~~modernen~~ Waffen sowie mit Raketen für Atomsprengköpfe ausgerüstet und für die Atomkriegsrührung ausgebildet ist. Der erreichte ~~Stand~~<sup>Stand</sup> der Bewaffnung wird gegenwärtig als Argument dafür ausgenutzt, daß der Bundesrepublik Deutschland die sogenannte "atomare Gleichberechtigung", d.h. der Zugang zu Kernwaffen gewährt werden müsse. Indessen haben die Großmächte, die Teilnehmer der Anti-Hitlerkoalition, in den nach dem zweiten Weltkrieg in Potsdam geschlossenen Abkommen die Verpflichtung übernommen, kein Wiederaufstehen des deutschen Militarismus zuzulassen und darauf zu achten, daß Maßnahmen der Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Demokratisierung durchgeführt werden, damit Deutschland nie wieder den Frieden zwischen den Völkern bedrohen könne. Selbst die Abkommen von Brüssel und Paris, die zwischen den

Teilnehmerstaaten der NATO abgeschlossen wurden, verbieten der BRD die Produktion bestimmter Arten schwerer Waffen und die Ausrüstung der Wehrmacht mit diesen Waffen. Es ist klar, daß das MLF-Projekt in himmelschreiendem Widerspruch zu diesen vor und danach 20 Jahren übernommenen Verpflichtungen steht und somit ein Grundprinzip des Völkerrechts verletzt, nämlich die Einhaltung unterzeichneter Verträge. Eine solche Mißachtung der übernommenen Verpflichtungen ~~xx~~ fördert die Verletzung beliebiger internationaler Verträge und Verpflichtungen, untergräbt das Vertrauen zwischen den Staaten und die Grundnormen des internationalen Lebens.

Die USA versuchen, die Öffentlichkeit zu beruhigen, die durch die Perspektive der atomaren Bewaffnung des westdeutschen Staates in Unruhe versetzt ist, indem sie sich auf sogenannte "Garantien" berufen, die Bonn im Falle eines Beitritts zu den MLF zwingen würden, auf die Schaffung einer eigenen Kernrüstung zu verzichten und es der Kontrolle der anderen Westmächte unterstellen würde.

Es liegt auf der Hand, daß solche "Garantien" illusorisch sind und die Wachsamkeit der Völker nicht schwächen können. In der Geschichte wurde das anschaulich demonstriert durch den Mißerfolg aller Versuche, den deutschen Militarismus zu "kontrollieren" oder zu "beschränken". Beredtes Zeugnis davon legt die immer offenere Ignorierung der Beschränkungen ab, die Deutschland nach dem ersten Weltkrieg auferlegt wurden. Das fand seinen Höhepunkt in der Zeit des Hitlerfaschismus, und zwar gerade infolge der Zugeständnisse der Westmächte an Hitlerdeutschland. Das Mißtrauen gegenüber solchen "Garantien" findet bereits seinen Ausdruck in der Reaktion, die das MLF-Projekt unter den anderen westeuropäischen Mächten hervorgerufen hat. Diese Reaktion verlangt ein

eingehendes Studium, damit wir unsere Taktik richtig ausarbeiten können.

Nach der amerikanischen Variante der multilateralen Kernstreitkräfte wird der NATO lediglich ein geringfügiger Teil des Kernpotentials der USA zur Verfügung gestellt (nach Einschätzung einiger Militärfachleute nicht mehr als 5 %), was den USA auch künftig das Recht sichert, über ~~ih~~ den Einsatz von Kernwaffen zu entscheiden. Mit anderen Worten, die Atomkontrolle und damit die amerikanische Hegemonie in der NATO bleiben erhalten.

Deshalb war der einzige Staat, der sich voll und ganz diesem Projekt anschloss, Bonn, das in den MLF die Möglichkeit sieht, Zugang zu Kernwaffen und die Anerkennung der BRD als Hauptverbündeter der USA zu erhalten. Was Frankreich angeht, widersetzt es sich kategorisch der Schaffung der MLF, die der französische Premierminister als einen "zerstörenden Plan für Europa" bezeichnete, der "eine Herausforderung für einige Länder darstellt und sich in der Endkonsequenz mehr oder weniger gegen Frankreich richtet". Es ist klar, daß die Reaktion der französischen Regierung die Befürchtung widerspiegelt, daß <sup>sich</sup> die BRD in Zukunft in eine Kernmacht verwandelt, was zu einem Faktor der Verstärkung der Widersprüche zwischen den Westmächten werden würde.

Die neue Variante der Atlantischen Kernstreitkräfte, die von der gegenwärtigen britischen Regierung vorgeschlagen wurde, ist eine Formel, die den britischen Interessen in Europa sowie in anderen Erdteilen dienen soll, in denen es noch britische Besitzungen und Positionen gibt. Ein charakteristisches Merkmal der britischen Variante besteht darin, daß sie, ohne die Privilegien der USA anzutasten, auch England das Vetorecht im Oberkommando der Atlantischen Kernstreitkräfte gewährt, mit anderen

Worten, die Rolle Englands als Zweitpartner in der atlantischen Hierarchie verankert. Obwohl Premierminister Wilson darauf hingewiesen hat, daß eine "deutsche Teilnahme an den künftigen atlantischen Streitkräften durch das multinationale Element beschränkt wird", gibt auch sein Projekt der BRD die Möglichkeit, auf Umwegen Zugang zu den Kernwaffen zu erhalten.

Die negative Reaktion auf das amerikanische MLF-Projekt zwang die USA-Regierung, vorsichtiger zu sein und auf den Versuch, das MLF-Projekt noch 1964 zu verwirklichen, zu verzichten.

Aber das bedeutet keineswegs, daß die USA ~~auch~~ auf die MLF verzichtet hätten. Eher sind sie geneigt, sich auf Änderungen des ursprünglichen Projekts einzulassen, nur um eine für ihre Partner annehmbare Formel zu finden. Gerade hieraus erklärt sich auch die wohlwollende Haltung der USA-Regierung zu der von Wilson vorgeschlagenen Variante und zu seinen Besuchen in den westlichen Hauptstädten, die das Ziel hatten, Anhänger für sein Projekt zu gewinnen.

Obwohl die offiziellen Kreise der USA und Englands lautstark erklären, daß sie sich um die Nichtverbreitung der Kernwaffen sorgen, wird ihre Behauptung, die Schaffung neuer Kernorganismen der ~~NATO~~ NATO würde nicht zu einer Verbreitung dieser Waffen führen, in Wahrheit sowohl von den Tatsachen als auch von der Logik widerlegt und ist in Wirklichkeit ein Versuch, die Öffentlichkeit irrezuführen. Beide Projekte geben der Bundesrepublik Deutschland einen "legalen" Vorwand, Zugang zu den Atomwaffen zu erhalten, und von hier aus ist es bis zur Schaffung eigener atomarer Streitkräfte nur noch ein Schritt für ein Land mit einem so hohen technischen und industriellen Potential.

Deshalb gilt es, Beharrlichkeit bei der Mobilisierung der

öffentlichen Meinung gegen diese Kernprojekte und die Gefahren, die sie in sich bergen, an den Tag zu legen.

Genossen!

Die Frage nach den Folgen, zu denen eine mögliche Bildung von Kernstreitkräften der NATO führen würde, ist Teil ~~einer Reihe von~~ der viel umfassenderen Frage ~~nach~~ der Atomrüstung.

Bekanntlich waren die sozialistischen Länder in der Situation des nach dem zweiten Weltkrieg von den imperialistischen Kreisen entfesselten Wettrüstens und angesichts der Gefahr eines Atomkrieges gezwungen, Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Ein wichtiger Faktor für die Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt in militärischer Hinsicht war die Brechung des Atommonopols der USA durch die UdSSR. Die UdSSR wurde zu einer der beiden Hauptkernmächte der Welt.

In den letzten Jahren hat das <sup>Atom</sup>Wettrüsten, trotz der Erfolge, die in der Einleitung einer Entspannung erzielt wurden, nicht nachgelassen: die Produktion von Atomwaffen wird fortgesetzt, es entstehen neue Waffenarten mit ständig größer werdender Vernichtungskraft, die technischen Mittel, um sie ins Ziel zu befördern, werden vervollkommenet.

Zu den westlichen Atomländern gesellte sich neben den USA und England auch Frankreich, das verstärkt bemüht ist, ein eigenes Kernarsenal zu schaffen.

Angesichts dieser internationalen Kräfteverteilung ist die kürzlich von der Volksrepublik China durchgeführte Atomexplosion eine neuer, für das sozialistische Lager günstiger Faktor im weltweiten Kräfteverhältnis und ein wichtiger ~~erheblicher~~ Trumpf, der die Position der Verteidigung der Interessen der sozialistischen Staaten in allen internationalen Verhandlungen über das

Verbot des Einsatzes von Kernwaffen und ihrer Vernichtung, über allgemeine und vollständige Abrüstung stärkt.

Es gilt, den im Westen gängigen Theorien, wonach das Atomare Gleichgewicht oder, wie sie sagen, das "Gleichgewicht des Schreckens" zur Grundlage der allgemeinen Sicherheit werden könne, eine entschiedene Abfuhr zu erteilen. Das ist ein unsicheres Gleichgewicht, das das atomare Wettrüsten nicht verringert, sondern fördert, und damit die internationalen Spannungen schon gar nicht davon zu reden, daß dieser Kurs dazu führt, daß weiterhin gewaltige Mittel für nichtproduktive Zwecke verausgabt werden.

Das Wettrüsten, insbesondere das atomare Wettrüsten, ist außerordentlich gefährlich. Seine Fortsetzung ist nur dazu angetan, die Gefahr eines thermonuklearen Weltkriegs zu verstärken, dessen Folgen bei der heutigen Entwicklung der Kriegstechnik unermesslich sein würden.

Das Gewissen der Menschheit darf sich nicht mit einer solchen Perspektive abfinden. Es bestehen reale Voraussetzungen und Möglichkeiten, um die Welt von der Gefahr eines Atomkrieges zu befreien, und zwar durch das Auftreten der mächtigen Kräfte, die sich für die Verteidigung des Friedens einsetzen. Der Kampf um die Verhinderung eines thermonuklearen Krieges ist und bleibt das Hauptproblem des internationalen Lebens.

Die Aufgabe dieses Kampfes besteht in dem bedingungslosen Verbot des Einsatzes von Kernwaffen, in der Vernichtung der in den verschiedenen Staaten angehaufenen Vorräte und Mittel für ihre Beförderung ins Ziel. Wir sind uns vollkommen der Schwierigkeiten bewußt, die auf dem Wege zur Erfüllung dieser Aufgabe stehen. Die Verhandlungen, die bisher im 18-Staaten-Ausschuß für Abrüstung

stattfanden, zu dessen Mitgliedern auch unser Land gehört, haben zur Genüge bewiesen, mit welcher Heftigkeit sich die kapitalistischen Kreise der Idee des Kernwaffenverbots widersetzen. Dennoch müssen wir den Bemühungen, neue Rüstungsinstrumente vom Typus der <sup>zu schaffen,</sup> MLF den unermüdlichen Kampf gegen die Gefahr eines nuklearen Krieges und gegen das Wettrüsten entgegensetzen.

Der Abschluß eines Abkommens über das Verbot des Einsatzes von Kernwaffen würde großen positiven Einfluß haben und das atomare Wettrüsten abbremsen.

Genossen!

Die Bedeutung der Schaffung der MLF und der damit zusammenhängenden Gefahren kann nur im Zusammenhang mit der Existenz und der Politik der NATO eingeschätzt werden. Eine der Ursachen, die die USA veranlassen, auf der Schaffung der MLF zu bestehen, trotz der Schwierigkeiten, auf die sie in ihrem eigenen Lager stoßen, besteht in dem Wunsche, die NATO vor der Zersetzung zu bewahren, - diesen Militärpakt, der ihnen als Instrument diente, um ihre westeuropäischen Partner in einer abhängigen Lage zu halten und der westlichen Politik das amerikanische Diktat aufzuzwingen.

Der Streit um die MLF läßt die Widersprüche innerhalb des Nordatlantikpakts, das Scheitern und die Diskreditierung der Konzeption, die der NATO und deren gesamten Tätigkeit zugrunde lag, noch deutlicher Zutage treten.

Bekanntlich entstand der Nordatlantikpakt in der Situation der Politik der "Starke", die der amerikanische Imperialismus betrieb, und des kalten Krieges, der sich hauptsächlich gegen die sozialistischen Staaten richtete und sich das Ziel gesetzt hatte, den Verlauf der historischen Entwicklung zu bremsen. Diese Politik fand ihren Ausdruck in den bekannten Phrasen von

der "Schaffung einer Barriere auf dem Wege des Kommunismus", von dem "Zurückrollen des Kommunismus" und von der sogenannten "Befreiung". Gleichzeitig war die NATO gedacht als Instrument des Aufhaltens und der Unterdrückung der revolutionären Bewegung im westen und der nationalen Befreiungsbewegung der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas.

Nach der Schaffung der NATO und der Einbeziehung der BRD waren die europäischen sozialistischen Länder, gegen die sich ihre aggressiven Aufgaben unmittelbar richteten, gezwungen, ihr den Warschauer Vertrag als Schutzreaktion entgegenzusetzen. Natürlich basierte ~~was~~ der Warschauer Vertrag auf anderen Grundlagen, als Schutzorganisation gegen eine mögliche neue Aggression des deutschen Imperialismus, die für alle Länder offen ist, die sich ihr anschließen wünschen.

Die Existenz der NATO und anderer aggressiver Militärblocks - der CENTO, SEATO, ANZUS, die später von den USA geschaffen wurden führte nicht zu den Ergebnissen, mit denen ihre Schöpfer gerechnet hatten. Die Politik der "Stärke" konnte die sozialistischen Länder nicht schrecken. Die volksdemokratische Ordnung in diesen Ländern hatte sich soweit gefestigt, daß die Wiederherstellung der alten Zustände in diesen Ländern unmöglich geworden ist. Das sozialistische Weltssystem wurde zur bestimmenden Kraft der historischen Entwicklung der Menschheit.

Obwohl die NATO ihre Rolle als Kolonialgendarm spielte, ~~x~~ erwies es sich als unmöglich, den Aufschwung der nationalen Befreiungsbewegung aufzuhalten. Das verhaßte System der Kolonialsklaverei brach unter den Schlägen der nationalen Befreiungsrevolutionen zusammen, und auf den Trümmern der ehemaligen Kolonialreiche entstanden mehr als vierzig unabhängige Länder. Die nichtpakt-

gebundenen Staaten, die dem Imperialismus und Neokolonialismus Widerstand leisten, spielen eine immer aktivere Rolle und erhalten ein immer größeres Gewicht im internationalen Leben, indem sie einen wichtigen Beitrag zum Kampf um die Verwirklichung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz leisten.

Wichtige Veränderungen vollzogen sich auch innerhalb ~~des~~ der Organisation des Nordatlantikvertrages. Die Lage, wie sie zum Zeitpunkt der Schaffung des Paktes bestand, als die westeuropäischen Staaten die "armen Verwandten" der USA waren, ist <sup>zu Ende</sup> ~~zu Ende~~. Die wichtigsten westeuropäischen Länder (Westdeutschland, Frankreich, Italien) haben ihr Wirtschaftspotential wiederhergestellt und ein enormes Gewicht in der Weltproduktion und im Welthandel erlangt. Unter den Bedingungen, da es für die Monopole auf den Weltmärkten immer enger wurde, führte der Kampf zwischen den USA, Frankreich, der BRD, England, Japan usw. um die Absatzmärkte und Kapitalanlagesphären, um Roh- und Brennstoffe, der <sup>trotz der</sup> ~~durch die~~ Integration im Rahmen des Gemeinsamen Marktes nicht aufhörte, zu immer größerer Rivalität. Nicht zufällig entstanden in der Politik des Embargo und der Diskriminierung, die die NATO-Mächte in den Handelsbeziehungen mit den sozialistischen Staaten betrieben, in letzter Zeit zahlreiche Risse, während der ökonomische Austausch zwischen den sozialistischen und den kapitalistischen Ländern bedeutend zugenommen hat.

Während die USA aus allen Kräften bemüht sind, ihre Herrschaftspositionen aufrechtzuerhalten, wirken die wichtigsten westeuropäischen Länder, und am offensten Frankreich, auf ~~den~~ den verschiedenen ~~mamen~~ Ebenen in der Richtung der Beseitigung der amerikanischen Vormundschaft. In der Politik dieser Länder zeigt sich immer stärker das Bestreben zur Verteidigung der

eigenen Interessen - der wirtschaftlichen und politischen Expansion der Wiedereroberung der Positionen, die unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg von den USA eingenommen worden waren, und die Eroberung neuer Positionen. Mit der Wiedererrichtung ihres wirtschaftlichen und militärischen Potentials hat zwischen England, Frankreich und Westdeutschland von neuem der alte Kampf um die Hegemonie in Westeuropa begonnen.

Die tödliche Gefahr, die ein thermonuklearer Krieg für die westeuropäischen Staaten in sich birgt, ist ein immer wichtiger werdender Faktor der Zielrichtung ihrer Politik. Es ist bezeichnend daß eine Reihe von Mitgliedstaaten des Nordatlantikpakt - z.B. Holland, Norwegen, Dänemark - sich nicht nur der Schaffung der MLF widersetzen, sondern auch erklären, sie werden den Schiffen dieser Flotte nicht gestatten, ihre Territorialgewässer anzulaufen.

In den westeuropäischen Ländern stellen Staatsmänner und Organe der Öffentlichkeit hartnäckig die Frage, ob die USA, die jetzt auch bei sich zu Hause verwundbar geworden sind, das Risiko eingehen werden, daß ihre eigenen Städte zerstört würden, falls sie auf die Forderung irgendeines ihrer europäischen Partner hin in einen Krieg eintreten. Immer häufiger wird der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß die weitere Anwesenheit im Atlantikblock diese Länder in einen Konflikt hineinziehen könnte, der nichts mit ihren eigenen oder ~~sogar~~ <sup>auch mit</sup> "europäischen" Interessen gemein hat. So tritt also immer deutlicher der Standpunkt zutage, daß ihre ~~Beziehungen~~ <sup>Mitgliedschaft in</sup> der NATO nicht nur außerstande ist, ihre Sicherheit zu gewährleisten, sondern diese sogar bedroht.

Das Wesen der Streitigkeiten um eine "Revision" der NATO und ihrer Anpassung an die veränderte internationale Situation besteht darin, daß die Unzufriedenheit der westeuropäischen Verbündeten

mit der amerikanischen Hegemonie zutage tritt. "Das Wesen der Frage", schreibt der bekannte Journalist Lippman, "besteht darin, daß Europa den Rahmen der Abhängigkeit von Amerika überschritten hat und deshalb nicht mehr mit dessen Führung und Herrschaft in den europäischen Angelegenheiten einverstanden ist." <sup>Bei</sup> ~~In~~ politischem Gebiet finden diese Stimmungen ihren Ausdruck in den immer deutlicher werdenden Bestrebungen der westeuropäischen Partner, eine reale Rolle bei der Ausarbeitung der Politik und der Leitung der Angelegenheiten des Bündnisses zu spielen, an der Kontrolle über die Kernwaffen teilzunehmen. Durch die Äußerungen General de Gaulles zieht sich wie ein roter Faden der Gedanke, dass die amerikanische Hegemonie unerträglich geworden ist, daß, wie er kürzlich in einer seiner Botschaften sagte, "unser Land sein eigener Herr sein will" und daß er alle Systeme ablehne, die unter verschiedenen Aushängeschildern wie etwa dem des "Atlantismus", in Wirklichkeit Frankreich unter amerikanischer Hegemonie halten.

Die ideologische Plattform, auf die sich der amerikanische Imperialismus berief, als er ~~man~~ ~~Sinnhaftig~~ den Nordatlantikblock schuf, ~~war~~ der Antikommunismus und der kalte Krieg, in dem die ~~NATO~~ entstand und ihre Tätigkeit entfaltete, hat sich in den Augen der Völker zutiefst kompromittiert. Es ist bezeichnend, daß selbst in der BRD, wo die herrschenden Kreise noch wie vor den Mythos von der "kommunistischen Aggressivität" heranziehen, um in den Augen der Bevölkerung die Rüstungskredite zu rechtfertigen, ~~erklärte~~ ein solcher Politiker wie der Vizepräsident des Bundestages Dr. Thomas Dehler, am 2. Januar erklärte, daß die Hauptvoraussetzung, von der der Westen bisher ausgegangen sei, nämlich die Bedrohung durch den aggressiven Kommunismus, jetzt nicht mehr gegeben sei.

Die Anstrengungen der sozialistischen Länder und der anderen friedliebenden Staaten im Kampf für die Durchsetzung der Prinzipie der friedlichen Koexistenz und in ihrem Gefolge der Beginn der Entspannung, der sich im internationalen Leben abzeichnet, die Veränderungen des Kräfteverhältnisses in der Welt zugunsten des Sozialismus und des Friedens, die Verschärfung der Widersprüche zwischen den westlichen Staaten - das alles führte zu einer enormen Vergrößerung der Schwierigkeiten im atlantischen Block, zum Entstehen einer akuten Krise in diesem Bündnis, zu Zerfallserscheinungen in ihm.

Die eingehende Prüfung der Faktoren, die zu der gegenwärtigen Krise innerhalb der NATO geführt haben, ist von entscheidender Bedeutung, um die politischen und taktischen Aufgaben der sozialistischen Länder festzulegen.

Genossen!

Aus dem dargelegten Standpunkt der Rumänischen Volksrepublik zu der zur Beratung stehenden Frage ergibt sich auch die Haltung unsrer Delegation zu den Maßnahmen, die dem Politischen Beratenden Ausschuß zur Annahme vorgelegt wurden.

Wir sind erstens der Meinung, daß es darauf ankommt, eindeutig die Tatsache zu unterstreichen, daß die sozialistischen Länder, völlig einmütig und solidarisch sind, daß die Imperialisten sich vergeblichen Illusionen hingeben, wenn sie auf Meinungsverschiedenheiten in unseren Reihen hoffen, und daß jegliche ~~Aggr~~ aggressive Handlungen ihrerseits auf die Entschlossen<sup>heit</sup> des gesamten sozialistischen Weltsystems stoßen, die Sicherheit und territoriale Integrität ihrer Länder, die Errungenschaften des Sozialismus und den Weltfrieden zu verteidigen.

Es muß auch die Gefahr betont werden, die die Bildung multi-  
lateraler Kernstreitkräfte der NATO für den Frieden in Europa und  
in der Welt (in jeder beliebigen Variante) in sich birgt. Die Bildung  
eines solchen militärischen Organismus würde bedeuten, dem deut-  
schen Militarismus eine Förderungsprämie zu verleihen, und würde  
zu verhängnisvollen Folgen sowohl für den europäischen Status quo  
als auch für die Aussichten der Lösung des deutschen Problems  
führen, denn das Streben der BRD nach Kernwaffen hängt unmittelbar  
mit den Territorialansprüchen der revanchistischen Kreise West-  
deutschlands, mit ihrer Forderung nach Revision der nach dem  
zweiten Weltkrieg festgelegten Grenzen zusammen.

Unseres Erachtens sollte erklärt werden, daß unsere Länder  
die Anstrengungen unterstützen, die die Regierung der DDR unent-  
wegt unternimmt, um das Einverständnis der Bonner Regierung mit  
den Mindestvorschlägen zur Normalisierung der Beziehungen zwischen  
beiden deutschen Staaten zu erlangen.

Es gilt, den Kurs auf Erhaltung und Festigung der internatio-  
nalen Entspannung als wichtigstes Ziel unsrer Bemühungen zu  
bestätigen. Von dieser Position aus müssen vor der Öffentlichkeit  
die Manöver der imperialistischen Kreise im Zusammenhang mit der  
MLF und der Atomisierung der NATO entlarvt, die Initiatoren diese  
Projekte ernstlich <sup>gewarnt</sup> ~~gewarnt~~ und die schwere Verantwortung betont  
werden, die sie auf sich nehmen.

In der <sup>Überzeugung</sup> ~~Meinung~~, daß die Hauptgefahr für die Menschheit in  
der Möglichkeit eines thermonuklearen Krieges liegt, müssen wir  
mit aller Entschiedenheit betonen, daß der einzig wirksame Weg  
zur Beseitigung dieser Gefahr <sup>das in dem</sup> ~~ist~~ (allgemeines Verbot und <sup>der</sup> ~~die~~ völlige  
Vernichtung der Kernwaffen besteht. In diesem Zusammenhang sind

wir der Ansicht, daß der Vorschlag der chinesischen Regierung unterstützt werden sollte, eine Beratung der Regierungschefs aller Länder der Welt einzuberufen, um die Frage des allgemeinen Verbot und der völligen Vernichtung der Kernwaffen zu beraten. In der ersten Etappe ~~anwähmndmama~~ wäre es Aufgabe einer solchen Beratung, ein Abkommen über das Verbot des Einsatzes von Kernwaffen abzuschließen.

Die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa entsprechend den Vorschlägen der polnischen Genossen ~~sind~~<sup>sit</sup> ebenso wie die Bildung atomwaffenfreier Zonen in anderen Gebieten des europäischen Kontinents oder auf anderen Kontinenten und andere Vorschläge über regionale oder Teilabkommen ein Schritt nach vorn bei der Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung.

Die Untersuchung der Faktoren, die zu der gegenwärtigen <sup>Krise</sup> in der NATO geführt haben, lassen den Schluß zu, daß es zweckmäßig wäre, erneut eine Forderung auf die Tagesordnung zu setzen, die schon vor langer Zeit in den Dokumenten und politischen Erklärungen der sozialistischen Länder erhoben wurde.

Bereits 1954, am 31. März, ließ es in einer Note der Sowjetregierung: "Die Schaffung eines gesamteuropäischen Systems der kollektiven Sicherheit würde der Bildung einander entgegengesetzter Militärgruppierungen von Staaten in Europa ein Ende setzen. Die Bildung solcher Gruppierungen führt unvermeidlich zur Verschärfung der Beziehungen zwischen den Staaten, zur Verstärkung der Feindschaft und des Mißtrauens zwischen ihnen, schon gar nicht davon zu reden, daß sie von einem Wettrüsten mit allen sich daraus für die Völker ergebenden Folgen begleitet wird." Der Vorschlag über

die Auflösung der Militärblocks wurde in den Erklärungen der Sowjetregierung und der anderen sozialistischen Staaten mehrfach erneuert.

Die Vertreter der Staaten, die sich hier um diesen Tisch versammelt haben, erklärten am 24. Mai 1958: "Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages sind Anhänger der Auflösung aller militärischen Blocks und Gruppierungen, da deren Vorhandensein zur Verschärfung der Beziehungen zwischen den Staaten führt und eine ständige Gefahr militärischer Zusammenstöße zwischen ihnen schafft.

Es liegt auf der Hand, daß die Hauptursache des Krieges im Imperialismus liegt, und solange er existiert, bleibt auch die Kriegsgefahr erhalten. Aber das Bestehen aggressiver Militärblocks übt und übt einen ungünstigen Einfluß auf das internationale Leben aus; sie waren und sind der Hintergrund, der die Politik der Aggression begünstigt und verstärkt, das Wettrüsten mit herkömmlichen und Kernwaffen fördert, die Aufrechterhaltung eines weit gespannten Netzes von Militärstützpunkten auf ausländischen Territorien erleichtert. Der gesamte Verlauf der Ereignisse weist überzeugend nach, daß die Liquidierung der Militärblocks dazu beitragen würde, die Kriegsgefahr zu verringern und das internationale Klima zu verbessern, das Wettrüsten einzustellen und günstigere Voraussetzungen für die ~~Erreichung~~<sup>Herbeiführung</sup> eines Übereinkommens über die Abrüstung zu schaffen, den Wirtschaftsaustausch ohne Diskriminierungen zu entwickeln, die Rolle der UNO als Forum für die Lösung internationaler Fragen auf friedlichem Wege zu verstärken.

Die Idee der Liquidierung der Militärblocks würde ein mächtiges positives Echo in der Weltöffentlichkeit finden und

die Friedensbewegung der Völker zu neuen Aktionen anspornen. Breite Unterstützung würde diese Losung in den nichtpaktgebundenen Ländern finden, die sich noch einmal davon überzeugen könnten, daß die sozialistischen Länder die Bannertrager der Entspannungspolitik, der internationalen Zusammenarbeit und des Friedens waren und bleiben.

Kurz gesagt, wenn wir darauf hinweisen, daß das Jahr 1965 zum "Jahr der internationalen Zusammenarbeit" wird, dann müssen wir den Akzent nicht auf militärische Gegenmaßnahmen legen, sondern auf die Hervorhebung der wichtigen Schritte, die in Richtung der Entspannung internationalen unternommen wurden, sowie auf unsere Entschlossenheit, alles zu tun, um diesen Kurs weiter zu verfolgen.

Abschließend möchten wir sagen, daß unsere Delegation einverstanden ist, daß unsere Tagung ein Kommuniqué annimmt, das die Weltöffentlichkeit über unseren Standpunkt informiert. Wir müssen die außerordentliche Bedeutung hervorheben, die wir der Durchführung eines Abkommens über ein Programm der allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strenger internationaler Kontrolle beimessen - in der Form, wie es von der Regierung der UdSSR vorgeschlagen und später verbessert wurde. Wir müssen uns für die Verwirklichung eines allgemeinen Systems der kollektiven Sicherheit in Europa, für die Liquidierung der Militärblocks, für das vollständige Verbot und die Vernichtung der Kernwaffen aussprechen. Das Kommuniqué, das wir annehmen werden, muß deutlich unsere Einheit widerspiegeln, die immer stärker werdende Macht und den Einfluß des sozialistischen Weltsystems auf den Verlauf der Ereignisse in der heutigen Welt, seine große Fähigkeit, die Völker für den Kampf um den Frieden und den Sozialismus zu mobilisieren.